



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm)

Aktuell seit 01.10.2026 15:13:00

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002906
Ersteintrag:	04.03.2022
Letzte Änderung:	01.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Brehmstraße 5-7 40239 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +492116400412 E-Mail-Adressen: fernanda.pan@bvkm.de Webseiten: www.bvkm.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Tempelhofer Damm 156 12099 Berlin Telefonnummer: +490211640040 E-Mail-Adresse: info@bvkm.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

60.001 bis 70.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,56

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Beate Bettenhausen**

Funktion: Vorstandsvorsitzende

2. **Reinhold Scharpf**

Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

3. **Katharina Müller**

Funktion: Vorstandsmitglied

4. **Holger Jeppel**

Funktion: Vorstandsmitglied

5. **Petra Roth**

Funktion: Vorstandsmitglied

6. **Nils Rahmlow**

Funktion: Vorstandsmitglied

7. **Kerrin Stumpf**

Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Lisa Eisenbarth**

2. **Katja Kruse**

3. **Romy Tornow**

4. **Beate Bettenhausen**

5. **Reinhold Scharpf**

6. **Katharina Müller**

7. **Nils Rahmlow**

8. **Kerrin Stumpf**

Gesamtzahl der Mitglieder:

742 Mitglieder am 31.03.2026, davon:

464 natürliche Personen

278 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (14):

1. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.
2. BAG SELBSTHILFE e.V.
3. BAG Unterstützte Beschäftigung e.V.
4. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
5. Deutscher Rollstuhl-Sportverband e.V.
6. Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e.V.
7. Gesellschaft für Unterstützte Kommunikation e.V.
8. Deutscher Frauenrat - Lobby der Frauen in Deutschland e.V.
9. International Cerebral Palsy Society
10. Bündnis Zusammen für Demokratie
11. Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft (DHG)
12. Deutscher Behindertenrat
13. Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung
14. Bundesforum Familie

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (1):

Rechte von Menschen mit Behinderung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) ist der größte Selbsthilfe- und Fachverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen und ihre Angehörigen in Deutschland.

Er vertritt die Interessen von körper- und mehrfach behinderten Menschen sowie ihrer Angehörigen gegenüber dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung, Bundesministerien und weiteren Institutionen auf Bundesebene.

Ziel der Interessenvertretung ist die Verbesserung der rechtlichen, gesellschaftlichen und tatsächlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung sowie die Stärkung der Unterstützung ihrer Familien.

Hierzu bringt der bvkm die Erfahrungen seiner rund 270 Mitgliedsorganisationen und der von ihnen vertretenen ca. 27.000 Menschen mit Behinderung und ihren Familien in politische Entscheidungsprozesse ein.

Die Interessenvertretung erfolgt insbesondere durch Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsvorhaben, Gespräche mit politischen Entscheidungsträger:innen, die Mitarbeit in

Gremien und Fachdialogen sowie durch die Erarbeitung fachlicher Positionen und Empfehlungen. Schwerpunkte sind insbesondere die Eingliederungshilfe, Pflege, Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialrecht sowie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Der bvkm setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein, in der körper- und mehrfachbehinderte Menschen selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Sicherstellung der Versorgung von Menschen mit Bedarf an außerklinischer Intensivpflege

Beschreibung:

Der bvkm und 19 weitere Verbände fordern eine Neufassung des § 37c SGB V, um sicherzustellen, dass der Personenkreis, der bislang Anspruch auf spezielle Krankenbeobachtung hatte, nunmehr Leistungen der außerklinischen Intensivpflege erhält.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270087 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Gesundheit von pflegenden Mütter verbessern

Beschreibung:

Der bvkm fordert die Einführung eines Zusatzurlaubs und die vorzeitige Bewilligung von stationären Rehabilitationsmaßnahmen für pflegende Angehörige sowie die unbegrenzte Weiterzahlung des Pflegegeldes bei Krankenhausaufenthalten.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406270097** (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. **Recht auf Arbeit für alle Menschen mit Behinderung zu gewährleisten**

Beschreibung:

Der bvkm fordert, das Recht auf Arbeit für alle Menschen mit Behinderung zu gewährleisten und deshalb das in § 219 Abs. 2 SGB IX geregelte Zugangskriterium abzuschaffen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406270091** (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

4. **Barrierefreie und inklusive Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderung sicherstellen**

Beschreibung:

Schließung der Versorgungslücke für Menschen mit Bedarf an außerklinischer Intensivpflege, Schaffung von speziellen wohnortnahen Angeboten der Kurzzeitpflege für Kinder, Jugendliche und junge erwachsene Menschen mit Behinderung, Abbau von Hürden beim Anspruch auf Inkontinenzhilfen, Einführung eines Zusatzurlaubs für berufstätige

Pflegepersonen, die schwer pflegebedürftige Menschen pflegen, entsprechend dem Vorbild des in § 208 Absatz 1 SGB IX geregelten Zusatzurlaubs für schwerbehinderte Menschen u.v. m.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300103 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. **Weiterentwicklung des Vertragsrechts im SGB VIII**

Beschreibung:

Einbeziehung aller Leistungen der Eingliederungshilfe an junge Menschen, insbesondere der ambulanten Leistungen in § 78a SGB VIII und damit die Verpflichtung der öffentlichen Jugendhilfe zum Vereinbarungsabschluss im Bereich der ambulanten Leistungen und den Erhalt der Schiedsstellenfähigkeit, Verpflichtung der öffentlichen Jugendhilfe zur Bezahlung von tarifvertraglich vereinbarten Vergütungen und entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen sowie die Weiterentwicklung des Vertragsrechts sowie die Regelung einer einheitlichen Gerichtsbarkeit für alle Leistungen im SGB VIII in der Sozialgerichtsbarkeit.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Datum des Referentenentwurfs: 16.09.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300109 (PDF - 34 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. Klagemöglichkeiten für Verbände im AGG erweitern

Beschreibung:

Erweiterung der Klagemöglichkeiten nach § 23 AGG, indem zusätzlich ein Verbandsklagerecht vorgesehen wird, damit nicht nur Betroffene selbst, sondern auch Verbände Missstände öffentlich machen und Abhilfe gerichtlich einfordern können.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinien über Standards für Gleichbehandlungsstellen

Datum des Referentenentwurfs: 04.10.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300113 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Bürokratie bei der Grundsicherung abbauen

Beschreibung:

Bei der Grundsicherung nach dem SGB XII: längere Bewilligungszeiträume ermöglichen und den Aufwand für Nachweispflichten verringern; gesetzlich klarstellen, dass in Fällen, in denen die dauerhafte volle Erwerbsminderung wahrscheinlich ist, keine Weiterleitung des Antrags an das Jobcenter erfolgen darf.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510060005 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

8. Private Unternehmen zu Barrierefreiheit verpflichten

Beschreibung:

Der bvkm setzt sich dafür ein, dass private Unternehmen umfänglich zu Barrierefreiheit verpflichtet werden. Auch sollten Betroffene Schadensersatz gegenüber privaten Unternehmen geltend machen können, wenn diese gegen bestehende gesetzliche Vorgaben zur Barrierefreiheit verstoßen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/5140 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

9. Bürokratische Hürden bei der Kommunikation in Gerichtsverfahren abbauen

Beschreibung:

Der bvkm fordert, die Ermächtigungsnorm des § 186 Abs. 3 GVG UN-BRK-konform dahingehend auszulegen, dass sie als sprachbehinderte Personen auch Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung erfasst. In der Folge könnten auch in der diese Norm konkretisierenden GKHV Kommunikationshilfen für diesen Personenkreis, wie bspw. Kommunikation in Einfacher oder Leichter Sprache, vorgesehen werden.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Verwendung von Kommunikationshilfen für hör- oder sprachbehinderte Personen in Gerichtsverfahren (Gerichtskommunikationshilfenverordnung - GKHV) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.02.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

10. Festbetrags-Regelungen für Hilfsmittel nachbessern

Beschreibung:

Der bvkm fordert, die Festbetrags-Regelung für Hilfsmittel nachzubessern, Zuzahlungen in der bisherigen Höhe beizubehalten, die Versorgung mit Inkontinenzhilfen sicherzustellen, § 33 Abs. 5c SGB V nachzuschärfen, um Menschen mit Behinderung schneller mit Hilfsmitteln zu versorgen und die Versorgungslücke für Menschen mit einem hohen Bedarf an medizinischer Behandlungspflege zu schließen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6130 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

11. Anspruch auf individuelle Bildungsassistenz sichern

Beschreibung:

Der bvkm setzt sich dafür ein, den Anspruch auf individuelle Bildungsassistenz zu sichern und verbindliche Qualitätsstandards für die Bedarfsermittlung und Leistungsgestaltung sicherzustellen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf für ein Erstes Kinder- und Jugendhilfestruckturereformgesetz (1. KJHSRG)

Datum des Referentenentwurfs: 23.03.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

12. Kürzungen bei der Teilhabe verhindern

Beschreibung:

Der bvkm setzt sich dafür ein, dass die Leistungen zur Teilhabe an Bildung nicht beschnitten werden und dass das sog. „Poolen“ von Leistungen im Bereich der sozialen Teilhabe nicht zum Regelfall werden darf.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607210026** (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

13. **Keine Kürzung von Entlastungs- und Rentenleistungen in der Pflege**

Beschreibung:

Der bvkm setzt sich für die vollständige Überführung des bisherigen Gemeinsamen Jahresbetrages in die Sachleistungs- und Entlastungsbudgets, die vollständige Überführung des derzeit zur Verfügung stehenden Betrages für zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel in Höhe von monatlich 42 Euro in die Sachleistungs- und Entlastungsbudgets sowie Verbesserungen in der Pflegeinfrastruktur, insbesondere den Ausbau von Angeboten der Kurzzeitpflege für pflegebedürftige Kinder und Menschen mit Behinderung mit hohen Unterstützungsbedarfen ein.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Pflegeversicherung (Pflegeuordnungsgesetz - PNOG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 05.06.2026

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

1. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

Fördermittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes

2. Deutsche Rentenversicherung Bund

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Förderung der Arbeit des bvkm für und mit Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, u.a. Beratung und Unterstützung durch Veranstaltungen und Herausgabe von Informationsmaterialien

3. Gesetzliche Krankenversicherung Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe

4. Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung im Rahmen des Verbundprojekts "Pflegeschätze-PAZP2: Erfahrungen aus dem Alltag mit pflegebedürftigen Kindern weitergeben"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

30.001 bis 40.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

380.001 bis 390.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[20260925_bvkm_Geschaeftsbericht-2025.pdf](#)